

Medienmitteilung der SEEBRÜCKE Schweiz

Zürich, 05. April 2020

Feuerwehr für Farbe

Am Sonntag 05.04.20 rief die NGO Seebrücke zu einem internationalen Aktionstag unter dem Motto "Wir hinterlassen Spuren - #Leave No One Behind" auf. An der Aktion beteiligte sich auch die Seebrücke Schweiz. Während es in Luzern einen friedlichen und kreativen Protesttag mit Kreide vor der Jesuitenkirche gab, rückte in Zürich die Feuerwehr aus, um den Helvetiaplatz schnellstmöglich von Farbe zu befreien.

Neben Anschriften aus Kreide markierten die Aktivist*innen den Platz mit Fussspuren aus abwaschbarer Innendispersionsfarbe ohne die Abstandsregeln zu verletzen. Bald schritt die Polizei ein, nahm die Personalien einer Aktivistin auf und forderte sie auf abzuwarten, bis die Beamten intern abgeklärt hätten, ob die Farbe ein Problem sei und ob die Aktivistinnen sie selber entfernen müssten. Wenige Minuten später fuhr schon ein Feuerwehrauto auf den Platz und mehrere Feuerwehrmänner begannen, den Platz mit Wasser abzuspritzen. Ein weiterer Polizist nahm die Personalien einer zweiten Aktivistin auf und kündigte an, dass diese beiden die gesamten Kosten der Reinigung zu tragen hätten, inklusive die einer externen Firma, welche auch noch zur Reinigung aufgeboden werde, und erteilte den beiden Wegweisungen für die nächsten 24 Stunden.

Die Farbe hätte allerdings auch ohne Weiteres von den Aktivist*innen selbst entfernt werden können - ein unnötiger Feuerwehreinsatz. So äusserten sich sowohl die erste Polizeistreife vor Ort, als auch ein Mitarbeiter der Feuerwehr. Bald traf dann auch der Reinigungsstrupp der Firma Eberhard ein, welcher irritiert fragte, was sie noch reinigen sollen, denn der Platz war bis auf wenige Fussspuren schon sauber. Insgesamt war die Kommunikation der Polizist*innen widersprüchlich, ihr Verhalten teils sehr autoritär, das Auffahren der Feuerwehr und das Aufgebot der Firma Eberhard völlig unverhältnismässig.

Die Verhaltensregeln des BAG konnten während der gesamten Aktion eingehalten werden. Als offene Plattform bot die Aktion Interessierten die Möglichkeit, sich nacheinander und mit Abstand im öffentlichen Raum zu äussern. Dass das nicht erwünscht ist, zeigten heute auch die unverhältnismässigen Reaktionen der Polizei in Deutschland. In zahlreichen Städten hatten Lokalgruppen der Seebrücke zu Corona-konformen Protestformen aufgerufen, bei denen die Sicherheit sehr ernst genommen wurde. Dennoch kam es beispielsweise in Frankfurt am Main zu Räumungen der Aktionen und zu Festnahmen, bei denen der Sicherheitsabstand sowie die Vorgabe zur Verwendung einer Schutzmaske seitens der Polizei nicht eingehalten wurden. In Berlin wurden konsequent alle Menschen daran gehindert, sich an der Aktion zu beteiligen. Sie mussten ihre Personalien angeben und den Platz verlassen. Die Begründung der Einschränkung der Meinungsäusserung war in allen Fällen die Verletzung der Corona-Sicherheitsmassnahmen. Eine solche lag aber an keinem Ort vor. Es stellt sich entsprechend die Frage, welche Möglichkeiten zur Wahrung der Grundrechte zu freier Meinungsäusserung und Demonstrationsfreiheit zu Corona-Zeiten erhalten bleiben.

Das Thema Corona dominiert im Moment den Alltag und die Medien und viel zu selten wird darüber berichtet, was ausserhalb von Corona auf der Welt passiert. Beispielsweise wird kaum darüber berichtet, dass derzeit etwa 40.000 Geflüchtete in überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln leben müssen. Diese Menschen sind vor Krieg und Verfolgung geflohen und es ist einer der Grundwerte der EU, solchen Menschen Schutz zu gewähren. Das Grundrecht auf Asyl wird im Moment von den meisten europäischen

Ländern missachtet und diese Tatsache geht in der Corona-Krise leider unter. Auch wird nur wenig darüber berichtet, dass die Menschen in den griechischen Lagern ohne Schutz vor Corona sind: Sie leben auf viel zu engem Raum, mit unzureichender Wasserversorgung, ohne Schutzmassnahmen und nahezu ohne medizinische Versorgung. Sie müssen so schnell wie möglich aus diesen Camps evakuiert werden.

Mit der Aktion am 05.04. wollten wir als Seebrücke die Bevölkerung auf die humanitäre Krise an den europäischen Aussengrenzen aufmerksam machen. Da wir uns nicht in Gruppen von mehr als fünf Leuten versammeln dürfen, wollten wir nacheinander auf die Strasse gehen und mit farbigen Fussabdrücken unseren Protest verbildlichen. Dabei war es schon schwierig, Kreide zu organisieren, da diese zur Zeit fast nirgendwo mehr verkauft wird. So sehr die Corona-Krise das Demonstrieren erschwert, so wichtig ist es gleichzeitig, gerade in Krisenzeiten die Möglichkeit zu bewahren, Kritik zu üben. Gerade dann, wenn Grundrechte, wie die Versammlungsfreiheit begrenzt werden, muss es Wege geben, sich zu organisieren und auf Missstände aufmerksam zu machen. Auch wenn sich das eigene Land in einer Krise befindet, dürfen die Schwächsten, innerhalb und ausserhalb der Schweiz, nicht vergessen werden.

Für weitere Informationen:

Melina Mallát
schweiz@seebruecke.org
076 400 06 02

Lena Glaser
schweiz@seebruecke.org
077 974 33 12